

---

# Vorwort

Es gibt keine Demokratie ohne Parteien. „Die Demokratie“, so hat der Politikwissenschaftler F.A. Hermens – ebenso zutreffend wie einprägsam – gesagt, „braucht die politischen Parteien wie das tägliche Brot.“ Als politische Handlungseinheiten, aus der Gesellschaft heraus gebildet und in ihr verankert, ermöglichen es die Parteien überhaupt erst, daß das Volk in der modernen Demokratie aktiviert wird und einen politischen Willen äußert. Die Parteien sind Träger politischer Interessen, Programme und Problemlösungskonzepte, mit denen sie untereinander in Wettbewerb treten. Sie bereiten das parlamentarische Handeln vor, sie organisieren die Wahlen, sie mobilisieren die Wahlbürger, sie treffen die Kandidatenauswahl für die politischen Führungsämter, sie bilden die professionell-politische Elite heran. Manche Rechtsdenker haben sie daher sogar als „letzte Kurationsorgane aller anderen Organe des Staates“ (G. Radbruch) bezeichnet.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland weist in Artikel 21 den Parteien das Recht und die Pflicht zu, „bei der politischen Willensbildung des Volkes“ mitzuwirken. Ihre gesamte politische Aktivität steht im Zeichen dieses Verfassungsauftrages, der ihnen eine Sonderstellung vor allen anderen Vereinigungen garantiert, sie aber auch ausdrücklich auf die Bejahung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik festlegt. Dem Verfassungsgesetzgeber standen bei der Konstitutionalisierung des „Parteienprivilegs“ das Scheitern der Weimarer Republik und die nationalsozialistische „Machtergreifung“ 1933 vor Augen: Er wollte verhindern, daß jemals wieder in

Deutschland unter dem Schutz demokratischer Freiheit und Gleichheit die Demokratie zerstört und einem totalitären Regime der Boden bereitet würde.

Als nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Unrechtssystems die Deutschen in den vier Besatzungszonen unter der Kontrolle der Siegermächte an den demokratischen Wiederaufbau gingen, wurde ihnen nur ein einfach strukturiertes Mehrparteiensystem erlaubt. Die Alliierten gingen dabei zunächst von einer gleichgewichtigen Parteienkonstellation mit zwei sozialistischen und zwei „bürgerlichen“ Parteien aus. Die deutsche Parteientradition ließ vermuten, daß den Sozialdemokraten und Kommunisten eine liberale und eine konfessionelle Partei gegenüberstehen würden.

Gänzlich unerwartet für die Besatzungsmächte und ein politisches Novum war dann aber die Gründung der Unionsparteien. Die Bildung einer überkonfessionellen Partei, die christlich-soziale, liberale und konservative Elemente in einer über ganz Deutschland in allen Besatzungszonen ausgreifenden Bewegung sammelte und vereinigte, war eine parteipolitisch grundlegende Neuerung, mehr noch: Die Christlich-Demokratische Union, die sich in allen deutschen Ländern der vier Besatzungszonen gründete – nur Bayern machte mit seiner „christlich-sozialen“ Schwesterpartei eine Ausnahme –, revolutionierte geradezu die deutsche Parteienlandschaft. Eine Volkspartei der Mitte entstand. Das Gemeinsame der zahlreichen christlich-demokratischen Gründungsinitiativen 1945/46 war der Wille, sich als Partei – programmatisch wie organisatorisch – an das ganze Volk zu wenden und das ganze Volk zu vertreten. Die Integrationskraft der neuen Partei war nicht mehr klassen- oder konfessionsbestimmt, sondern auf alle Gesellschaftsschichten gerichtet. Mit dieser Volksparteikonzeption gelang es erstmals in der deutschen Parteiengeschichte, unterschiedliche politische Strömungen des bürgerlichen Lagers – politischer Katholizismus, protestantischer Konservatismus und auch

Teile des liberalen Bürgertums – politisch zusammenzufassen. Im Begriff „Union“ fand das Bestreben Ausdruck, diese verschiedenen politischen Ziele, sozialen Interessen, konfessionellen und landsmannschaftlichen Prägungen zu einer großen politischen Kraft der Mitte zu integrieren.

Die neue Volkspartei ist als eine der wichtigsten und nachhaltigsten Innovationen der deutschen Demokratie nach der großen Katastrophe anzusehen. Ihre innovatorische Leistung lag nicht nur darin, daß sie eine Parteienzersplitterung in der politischen Mitte verhinderte und „durch politische Einschmelzung“ rechter Kräfte, soweit sie nicht nationalistisch und antidemokratisch waren, das Aufkommen einer starken Rechtspartei vereitelte. Als neuartige Parteiformation hat sie auch stärker als die anderen Parteien, die 1945 wieder erstanden, den Gedanken der geistigen, sittlichen Erneuerung herausgestellt. Keine andere Partei ist so mit dem Anspruch angetreten, „etwas Neues“ zu sein und von Grund auf Neues zu schaffen. In den Kölner ebenso wie in den Frankfurter Leitsätzen von 1945 wird ein „neues Deutschland“ beschworen, das es aufzubauen gelte.

Auch in den ersten demokratischen Wahlen nach Kriegsende, die die Erfolgsgeschichte der „Union“ begründeten, hat ihre Werbung für einen grundlegenden Neuanfang, für „neue Antworten“ (Karl Arnold) einen Gutteil ihrer Attraktivität ausgemacht. So ist auch der Titel dieses Buches einem Hildesheimer Wahlplakat von 1947 zu den ersten Wahlen in den Ländern der britischen Zone entliehen. Die Vorstellung, „Brücke in eine neue Zeit“ zu sein, gehört zum Selbstverständnis der CDU. Das Bild der Brücke bedeutet Verbindung, aber auch Überwindung. Das Muster dafür war wohl ein Wahlplakatmotiv der Reichstagswahlen von 1930, welches das Zentrum, die Partei des politischen Katholizismus, als stabiles, rettendes Brückenwerk über der zerstörerischen Flut des Radikalismus nationalsozialistischer und kommunistischer Provenienz zeigte. Es ging also

auch um die demokratische Kontinuität über den Abgrund der zwölf Jahre Nationalsozialismus hinweg. Die Botschaft der „Union“ war: verbinden, vereinigen, um zu überwinden. Diese Zielsetzung findet sich nicht nur in den Gründungsaufrufen der CDU, sondern auch in ihrer Programmatik und ihrer Politik der Folgezeit: Überwindung der Nazi-Barbarei durch Besinnung auf christliches Glaubensgut und Menschenbild, Überwindung der konfessionellen Politik durch die christlich-demokratische Idee, Überwindung des Gegenübers von Kapitalismus und Sozialismus durch die Soziale Marktwirtschaft, Überwindung des Staatszentrismus durch föderale Strukturen, Überwindung des Nationalismus durch die europäische Einigung und die Aussöhnung mit den unmittelbaren Nachbarvölkern in West und Ost, Überwindung der außenpolitisch gefährlichen Mittellage Deutschlands durch die Westbindung in der Allianz mit den Vereinigten Staaten von Amerika, Überwindung der Teilung Europas und Deutschlands durch die Verknüpfung einer konsequenten Friedenspolitik mit der Behauptung des Selbstbestimmungsrechts.

Mit dieser auf Verbindung und Überwindung angelegten Grundhaltung machte die Union „Geschichte“. In den sechzig Jahren ihres Wirkens hat sie sich zur erfolgreichsten Partei nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa entwickelt. Die Beiträge dieses Sammelbandes versuchen, aus dieser Erfolgsgeschichte der CDU Perspektiven zu geben. Die Überblicke auf sechzig Jahre Partei- und Politikgeschehen sollen verdeutlichen, auf welchen Fundamenten die CDU steht und welche Grundsätze ihre politischen Entscheidungen bestimmt haben, was sie politisch gewollt und was sie geleistet hat. Der Themenkreis umfaßt sowohl die Parteigeschichte der CDU, insbesondere den Zusammenhang zwischen der Unionsgründung und dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus, als auch die von der Union im besonderen verantworteten politischen Weichenstellungen für die Bundesrepublik Deutschland: die Grund-

---

legung der Außenpolitik der Bundesrepublik in der Ära Adenauer, die Aufgabenstellung und Leitbildfunktion der Sozialen Marktwirtschaft, die Deutschlandpolitik, der die Verwirklichung der deutschen Einheit gelang, die Wiedergutmachungspolitik gegenüber Israel und den Juden, die Freundschaftsbeziehung zu Frankreich, die zum Musterfall der Aussöhnung und engen Zusammenarbeit von ehemals verfeindeten Staaten geworden ist, und nicht zuletzt das Werk der europäischen Integration, dem die „Europapartei“ CDU ihren Stempel aufgeprägt hat. Ein besonderes Gewicht wurde auf die Darstellung des Selbstverständnisses, der Politikvorstellungen und Wertannahmen in den Programmen und Richtungsentscheidungen der „Union“ gelegt. Die Beiträge zur Programmentwicklung und zum Werteverständnis beschreiben die CDU als „weltanschaulich fundierte Partei eigenen Charakters und eigener Prägung“, wie es bereits Konrad Adenauer 1946 erklärt hat.

Eine „Brücke in eine neue Zeit“ zu sein, bedeutet, Zukunft zu haben. Für die CDU war Zukunft nie utopische Zukunftszugewandtheit, sie dachte und handelte nicht auf eine Zukunft als uneinlösbares Versprechen hin. Um Brücke in eine neue Zeit zu sein, braucht es die pragmatische Anpassung an zukunftsfähige Entwicklungen. Das hat die „Union“, seit sie als „absolut neues Element“ im parteipolitischen Raum ins Leben trat, immer wieder bewiesen. Als Erbschaft ihres Anfangs sind Ausgleichswillen, Bemühen um Konsens und Toleranz ihre Stärken geblieben, die sie, frei von Ideologezwängen und gesellschaftlichen Fixierungen, offener und flexibler gegenüber neuen Entwicklungen und Zeiterscheinungen macht.

60 Jahre heißt auch, eine Geschichte zu haben – keine weitreichende Geschichte im Vergleich zu anderen politischen Bewegungen, aber doch in einer Zeitspanne und in einem Epochengeschehen, aus denen sich reichlich Kriterien gewinnen lassen, um verstehen und beurteilen zu können. Wenn dieser Sammelband dazu beiträgt, das öffent-

liche Bild der „Union“ zu bestätigen, zu bereichern oder zu korrigieren – je nachdem –, dann ist das Anliegen von Herausgeber und Autoren mehr als erfüllt.

Sankt Augustin, im April 2005

Günter Buchstab